

KORNWESTHEIMER ZEITUNG

Amtsblatt
der Großen Kreisstadt Kornwestheim
Amtliches Bekanntmachungsorgan
des Landkreises Ludwigsburg



Nummer 10 · 2. Woche · 76. Jahrgang · KO

Donnerstag, 14. Januar 2021

€ 2,20 · E1346 A

Kornwestheim



Foto: cipa/felix kassie

Der Start nach den Ferien: Da lief es für die meisten anders, als erwartet

► Seite 1

Kornwestheim

Integrationsbeauftragter der Stadt sucht nach Projektideen

► Seite 1

Lego bald in Stuttgart?

Gute Nachrichten von der Königstraße: Nachdem immer mehr Marken der Einkaufsmeile den Rücken gekehrt haben, kommt nun offenbar ein hochkarätiger Mieter nach Stuttgart. Demnächst soll die Marke Lego die Kundschaft in die City locken.

► Stuttgart und Region Seite 15

Kommentar

Reicht nicht

Minister Spahn rechtfertigt das Vorgehen beim Impfen.

VON BERNHARD WALKER

Alle sind Corona-müde, alle sind genervt. Und so blieb Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) keine andere Wahl, als zu tun, was er schon so oft getan hat: Er bat die Bürger eindringlich, durchzuhalten und einander sowie den politisch Verantwortlichen zu vertrauen. Sein Appell ist völlig richtig, weil sich die Pandemie nur gemeinsam bewältigen lässt.

Dabei würde es aber enorm helfen, wenn Berlin den Alltag erleichterte. Warum mussten viele Unternehmer wochenlang auf die Auszahlung der „Novemberhilfen“ warten (manche tun es noch immer)? Warum gibt der Staat seinen riesigen Vorrat an FFP2-Masken nicht an Erzieher in der Notbetreuung ab? Warum sagt Spahn nichts dazu, dass manche Länder die Terminvergabe fürs Impfen nicht auf die Reihe kriegen? Manche Ältere haben Enkel, die das Internet nach einem Termin durchforsten – andere nicht. Kein Wunder also, dass viele Senioren zornig sind. Da wäre schon viel gewonnen, wenn die Älteren wenigstens wüssten, wann sie dran sind – auch wenn das oft noch Wochen dauern wird.

Es wäre auch an der Zeit, dass Spahn prüfte, ob Laien die Schnelltests selbst sicher anwenden können. Falls ja, muss er klären, wie sich die Produktion steigern lässt, und die Tests dann an diejenigen abgeben, die in der Pandemie das Land am Laufen halten – seien es Kassiererinnen oder Ehrenamtler, die sich um andere kümmern. „Wer regiert, muss sich erklären“, meint Spahn. Das stimmt – reicht aber nicht aus. Im Bundestag hat er sich nun mit einer überzeugenden Rede erklärt. Soll jedoch das Vertrauen nicht weiter schwinden, muss Berlin die Lebenswirklichkeit stärker in den Blick nehmen.

bernhard.walker@stzn.de

Wetter



Mittags 5°
Nachts -2°

Bewölkt und nach Süden anhaltender Schnee
► Seite 18

Die Kornwestheimer Zeitung ist eine lokale Ausgabe der Stuttgarter Nachrichten
Zeitungsverlag Kornwestheim GmbH & Co. KG
Bahnhofstraße 5, 70806 Kornwestheim
Siehe lokales Impressum auf Seite 11



4 3 7 0 2

4 190406 302207

Mehrheit glaubt nicht an Aufschwung in diesem Jahr

BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen: Die Stimmung im Land ist gedämpft, viele kritisieren den Rückstand bei der Digitalisierung und befürchten verödete Innenstädte.

VON DANIEL GRÄFE

STUTT GART. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg erwartet keinen Wirtschaftsaufschwung in diesem Jahr. 37 Prozent glauben, dass es 2021 „eher bergab“ geht, nur 28 Prozent rechnen mit dem Gegenteil. Die übrigen erwarten keine wesentliche Veränderung. Das ist ein Ergebnis des BaWü-Checks, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, die vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zur wirtschaftlichen Lage im Südwesten durchgeführt wurde.

Das Umfrageergebnis unterscheidet sich damit deutlich von den Prognosen der meisten Konjunkturforscher, die für die deutsche Wirtschaft derzeit ein Wachstum von 3,1 bis 4,2 Prozent vorhersehen.

Zum Zeitpunkt der repräsentativen Umfrage, die zu Beginn des Lockdowns im vergangenen Dezember durchgeführt wurde, sorgte sich jeder Achte um den eigenen Arbeitsplatz. Jeder zehnte Berufstätige im Land war schon einmal in Kurzarbeit, jeder siebte war es zum Zeitpunkt der Befragung. Die wirtschaftlichen Folgen treffen die Bürger aber unterschiedlich stark. „Die schwä-

Lobbyisten im Landtag sollen sich registrieren

Künftig soll jeder sehen können, wer auf Gesetze Einfluss genommen hat.

STUTT GART. Organisationen und Verbände, die ihre Interessen beim Landtag vertreten, sollen sich von der kommenden Legislaturperiode an in eine öffentlich einsehbare Liste beim Landtag eintragen. Die Fraktionspitzen von Grünen, CDU, SPD und FDP einigten sich auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf, der unserer Zeitung vorliegt. Darin ist auch vorgesehen, dass die Landesregierung für sich regeln soll, wie sie kenntlich macht, wer auf ihre Gesetzentwürfe Einfluss genommen hat. Bußgelder für Verstöße, wie etwa von der SPD gefordert, sieht der Entwurf aber nicht vor.

„Mit einem Gesetz für ein Lobbyregister sorgen wir jetzt für Klarheit, wer welche Interessen gegenüber dem Landtag, aber auch gegenüber der Landesregierung vertritt“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Uli Sckerl. „Das können die Menschen ab der kommenden Wahlperiode dann nachvollziehen.“ (ang)
► Landesnachrichten Seite 7

49

Prozent
der Befragten erwarten, dass die Bedeutung der Automobilindustrie in Baden-Württemberg sinkt.

14

Prozent
der Berufstätigen waren zum Zeitpunkt der Umfrage in Kurzarbeit.

cheren sozialen Schichten mit einem niedrigeren Einkommen und einem niedrigeren Bildungsniveau sind ganz klar überproportional von der Krise betroffen“, sagte IfD-Chefin Renate Köcher.

Der BaWü-Check fragte auch die Meinung zu wesentlichen strukturellen Veränderungen infolge der Krise ab: So befürchtet eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, dass in den Innenstädten infolge von Insolvenzen viele Geschäfte, Restaurants und Cafés verschwinden werden. Vier von zehn Befragten glauben, dass die Citys dadurch dauerhaft an Attraktivität verlieren.

Fast 60 Prozent der Befragten glaubt, dass die baden-württembergischen Unternehmen beim Thema Digitalisierung hinterhinken, nur jeder Fünfte sagt, dass sie gut aufgestellt sind. Kritisch wird mit dem Automobilbau auch eine der Schlüsselindustrien im Land gesehen: Nur 30 Prozent gehen davon aus, dass die Branche auch in den kommenden Jahren zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg beitragen wird. Jeder Zweite hingegen erwartet, dass die Bedeutung der Automobilindustrie sinkt.

► Leitartikel Seite 2
► Wirtschaft Seite 9

Kretschmann: Härtere Ausgangssperren drohen

Der Ministerpräsident warnt vor Corona-Mutanten.

VON CHRISTINE KECK
UND ARNOLD RIEGER

STUTT GART. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat für den Fall einer weiteren Corona-Ausbreitung eine deutliche Verschärfung der Ausgangssperren angedeutet. „Wenn das richtig aus dem Ruder läuft, wie wir das in London oder so sehen, und wenn das Gesundheitswesen kollabiert, dann muss man drastische Ausgangssperren machen. Das ist dann das einzige Mittel“, sagte er auf einer digitalen Veranstaltung der Grünen-Landtagsfraktion.

Kretschmann warnte auch vor der Gefahr von Mutationen, die „zur Stilllegung weiterer Bereiche der gesamten Wirtschaft“ führen könnten. Deshalb müsse mehr Arbeit im Homeoffice ermöglicht werden. Da sei „noch viel Luft nach oben“. Eine Pflicht zum Homeoffice lehnt er aktuell jedoch ab.

Das Landesgesundheitsamt untersucht Corona-Proben künftig selbst auf Mutationen. Das Land erhofft sich so, bei Verdachts-

fällen schneller reagieren zu können. Bislang mussten Proben von Verdachtsfällen aus dem Land an die Charité nach Berlin geschickt werden. Die Mutationen des Virus aus Südafrika und Großbritannien wurden im Südwesten bereits nachgewiesen.

Im Land sind mittlerweile 76 762 Personen gegen Corona geimpft. Offiziell dürfen sechs Spritzen aus einem Fläschchen Impfstoff von Biontech gewonnen werden. Aber: „Wenn die Spritze exakt aufgezo-gen wird, sind sieben Dosen drin“, sagte Hans-Jürgen Lipp, Chefapotheker der Uniklinik Tübingen, unserer Zeitung. Experten aus Mannheim und Freiburg bestätigten das.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) verteidigte im Bundestag die Impfstrategie. „Natürlich ruckelt es bei der größten Impfkampagne der Geschichte.“ Er warb für eine hohe Impfbereitschaft und für Vertrauen. Die europäische Zusammenarbeit bei der Impfstoffbeschaffung verteidigte er.

► Kommentar Seite 5

SPD fordert Rücktritt von Hoffmeister-Kraut

Fraktionschef Stoch hält Ministerin für Expo-Debakel verantwortlich.

STUTT GART. Nach dem Debakel um den Expo-Pavillon des Landes in Dubai hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Stoch den Rücktritt von Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) gefordert. „Wir fordern den Ministerpräsidenten auf, Frau Hoffmeister-Kraut zu entlassen“, sagte Stoch zudem am Mittwoch.

Ein Untersuchungsausschuss befasste sich mit der Frage, wieso das Land Vertragspartner der Expo geworden war, obwohl eine private Initiative die Organisation übernommen hatte. Die Kosten für die Teilnahme im Jahr 2021 belaufen sich auf voraussichtlich 15 Millionen Euro.

Hoffmeister-Kraut hatte in dem Ausschuss Fehleinschätzungen ihres Hauses eingeräumt, aber keine politische Verantwortung übernommen. Sie war erst spät in die Vorgänge eingeweiht worden. Auch die AfD hält sie für verantwortlich. Grüne und CDU finden die Rücktrittsforderung nicht angebracht. Die FDP will sich an diesem Donnerstag äußern. (ang)

Russ: Corona bedroht Vielfalt der Kultur

STUTT GART. Die drohende Verlängerung des Lockdowns bis April „gefährdet“ aus Sicht des Stuttgarter Konzertveranstalters Michael Russ „massiv das Kulturleben in unserem Land“. „Wir sehen jetzt schon eine erhebliche Entfremdung des Publikums“, sagte Russ unserer Zeitung. Mit Blick auf eine weitere Verschärfung der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sagte Russ: „Die Vielfalt der Kultur wird verloren gehen.“ Schon jetzt seien „zu viele Existenzen zerstört“. (nbf)
► Seite 3

Nawalny kehrt nach Moskau zurück

MOSKAU. Der nach einem Giftschatz in Deutschland behandelte russische Oppositionspolitiker und Blogger Alexej Nawalny will in wenigen Tagen nach Russland zurückkehren. Er werde am Sonntag mit einer Maschine der Airline Pobeja am Moskauer Flughafen in Wnukowo landen, erklärte Nawalny in den sozialen Medien. In Russland drohen dem Kreml-Kritiker mehrere umstrittene Prozesse.

Auf Nawalny war im August in Sibirien ein Mordanschlag mit einem Nervengift verübt worden. Anschließend wurde er nach Deutschland ausgeflogen und in der Berliner Charité behandelt. Nawalny wirft dem russischen Geheimdienst vor, hinter seiner Vergiftung mit einem Stoff aus der Nowitschok-Gruppe zu stecken. (AFP)